

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

57 (3.2.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Bl., Restameile 60 Bl., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigen-Nachnahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Bischofsstr. 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichts- und Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 10 bis 11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Rotationsdruck und Verlag: der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Bischofsstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 57 76. Jahrgang. Karlsruhe, Samstag, 3. Februar 1917 76. Jahrgang. Mittagsblatt.

Der Weltkrieg.

Deutscher Abendbericht.

W. B. Berlin, 2. Febr. (Amtl.)
An keiner Front besondere Kampfhandlungen.

Kämpfe an der Na in den letzten Januartagen.

Am 28. und 29. Januar wurde durch die unsichtige Witterung die Geschäftstätigkeit beiderseits verhindert. In der Nacht vom 29. zum 30. Januar klärte es auf, und gleichzeitig setzte strenger Frost von 16 bis 20 Grad ein. Schon beim Morgenanbruch begann unsere Artillerie in erhöhtem Maße ihr Vernichtungswerk, kräftig unterstützt durch zahlreiche Minenwerfer, welche in den feindlichen Gräben große Verheerungen anrichteten. Aber auch die Russen ließen ihre Artillerie, zum Teil sogar Schiffsgechütze schwerer Kalibers, sprechen. Dessen ungeachtet gingen unsere bewährten ostpreussischen Regimenter in ihrem nie nachlassenden Drang vorwärts. Patrouillen und Artilleriefeuer hatten ihnen im Schutze der Dunkelheit den Weg durch das feindliche Drahtgitter gebahnt. Der Stoß war so unwiderstehlich und überaus heftig geführt, daß sie in kürzester Zeit nach Überwindung der feindlichen Gräben bis zu den Regimentsgräben vordrangen. Zwei Regimentsführer (Obersten) wurden gefangen genommen. Insgesamt sind eingebracht: 14 Offiziere, 608 Mann und 15 Maschinengewehre.

Nachdem diese Erfolge von alten, siegesgewohnten Truppen erzwungen worden sind, können sie nicht genug gerühmt werden. Wenn man die Verhältnisse nicht kennt, kann man sich keinen Begriff davon machen, welche enormen Anstrengungen und Entbehrungen unsere Leute zu ertragen haben. Das Gelände, in dem die Sturmangriffe geführt wurden, läßt sie erst bis zum Kopfe verfallen und mancher hätte früher dieses Gelände als unpassierbar bezeichnet, das er jetzt in feldmarschmäßiger Ausrüstung im stärksten feindlichen Feuer im Sturmschritt durchschreitet. Ist dann der sich zu verteidigende Gegner aus seiner Stellung getrieben, so findet der Sieger einen von anderen wirksamen Artilleriefeuer zerstückelten Wirtswart von Balken, Erde, Schmutz, aufgewühltem Schnee und Toten vor, der die russische „Stellung“ darstellen soll. Nun gilt es schleunigst diese sogenannte Stellung zur Verteidigung einzurichten, was außerordentlich mühsam ist, da alle Gegenstände angefroren sind.

Die Nacht steht bevor und wenigstens ein paar Unterstände müssen hergerichtet werden. Doch nur weniger ist es vergönnt, ein Dach über sich zu haben, und so liegen sie denn bei 25 bis 30 Grad Celsius Kälte im Schnee, aufmerksam den Gegner beobachtend. Dieser Kampf gegen die feindliche Wehrmacht unter den schwierigsten Witterungsverhältnissen in den für uns unglücklichsten Gelände stellt Anforderungen an die Truppen, wie sie in keinem Kriege bisher vorgekommen sind und wie sie vorher niemand für möglich gehalten hätte. Unsere braven Truppen leisten dort an der furchtbaren Na einen stillen Heldentum, das man der Heimat nicht oft genug vor Augen führen kann.

Vorausichtliche Wirkungen der Blockade.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ein Berliner Blatt hat bereits am 1. Februar seine Ausgabe mit einer großen Ueberschrift versehen, die die Aufmerksamkeit auf die ersten Folgen des U-Bootkrieges lenken sollte. Es handelte sich dabei um das Zurückhalten holländischer Schiffe infolge der neuen U-Bootgefahr. Bestätigt sich diese Meldung, so würde in der Tat die erste Wirkung unserer U-Bootnote sehr rasch eingetreten sein. Im übrigen aber wäre nichts verkehrter, als vom ersten Tage ab mit einer Massenversenkung feindlicher Dampfer oder einem plötzlichen und riesigen Emporkommen der bisherigen Versenkungsziffer zu rechnen. Das deutsche Volk kann über die Wirkung unseres U-Bootkrieges vollkommen beruhigt sein. Von unseren Marinefachverständigen sind alle Fragen bis ins kleinste erwoogen worden. Unsere Flotte geht mit dem größten Vertrauen auf den Erfolg in den neuen Kampf. Sie rechnet bestimmt darauf, daß die verstärkte Tätigkeit unserer U-Boote der englischen Einfuhr von Nahrungsmitteln und Kriegsgüterstoffen, sowie der englischen Kohleneinfuhr die größten Schmerzentouren bereiten und sie mehr und mehr unterbinden wird. Die Berechnungen sind auf diesem Gebiete so sorgfältig und sicher angestellt worden, daß sich nach dem Gutachten unserer Marinefachverständigen ein Scheitern dagegen nicht vorbringen läßt. Wir können also der Wirkung der verstärkten U-Bootnote mit vollem Vertrauen entgegensehen.

Wohlkommen unabhängig davon ist die Frage, wie die Folgen der U-Bootkriegsführung zunächst in die Erscheinung treten werden. Wenn hier auch vorläufige Erwartungen nicht angebracht sind, so dürfen wir doch sicher sein, daß die Ziffer der versenkten Schiffe und des versenkten Gesamttonnages erheblich steigen wird. Es ist selbstverständlich, daß die U-Bootnote verheerender wirken muß, wenn sie bei gleichbleibendem Operationsgebiet an Schranken nicht mehr gebunden ist. Es ist aber noch die Frage, ob der U-Bootkrieg auf die Dauer von dieser äußeren Erfolgsercheinung begleitet sein wird. Wahrscheinlicher ist es, daß die schredenverbreitende Wirkung, die von ihm ausgeht, allmählich eine andere Erscheinung hervorruft. Die Unsicherheit des Seegebietes, über das wir die Sperre verhängt haben, wird zweifellos die Schifffahrt, namentlich die neutralen Länder, mehr und mehr abbrechen. Die von unseren U-Booten bedrohten Gewässer werden immer mehr veröden, da nicht nur mit der wachsenden Versenkung die Schiffszahl abnimmt, sondern auch immer weniger Schiffszugmaschinen und Schiffsbemannungen sich bereit finden lassen werden, den sicheren Verderben entgegenzufahren. Die Verödung des seelerten Seengebietes wird von selbst eine Abnahme der Schiffsverluste zur Folge haben, und damit wird eine absteigende Linie der Deutzeiffer notwendigweise verbunden sein. Selbstverständlich ist aber diese Erscheinung nichts weiter als das sicherste Zeichen unseres wachsenden Erfolges. Das Ziel unserer Seefriedführung besteht darin, Englands Ein- und Ausfuhr abzukürzen. Zu diesem Zwecke stellen sich unsere Unterseeboote dem Schiffverkehr von und nach England hemmend in den Weg. Solange der Schiffverkehr trotz unserer Sperranlage aufrechterhalten wird, müssen die Dampfer die Folgen tragen. Erreichen wir es aber

durch unseren uneingeschränkten Unterseebootskrieg, daß Frucht und Schreden die Schifffahrt lähmen, so ist unserm Zweck damit vollkommen gedient. Wir haben dann durchaus erreicht, was unser Ziel sein soll: die Isolierung Englands, die Fernhaltung jeder Zufuhr und die Sinderung jeder Ausfuhr.

Die Haltung Amerikas.

* Rotterdam, 2. Febr. Der „Rotterdammer Courant“ erhält aus London folgende Depeschen. Die englischen Blätter melden aus Washington und New York: Zwei Strömungen in der amerikanischen Presse sind zu bemerken. Ein Teil der Zeitungen tritt für den sofortigen Abbruch aller Beziehungen mit Deutschland und die entsprechenden Folgen ein, der andere Teil rät dazu, sich abzuwarten und zu verhalten. Diefelbe Teilung der Meinungen ist in Regierungskreisen zu bemerken. Die zweite Strömung habe bei den Mitgliedern des Kongresses die Oberhand.

W. B. New York, 30. Jan. (Funkpruch vom Vertreter des B. L. B.) Die Nachrichten aus Washington beschäftigen sich nach wie vor ausführlich mit der Frage der bewaffneten Handelschiffe, die allgemein als ziemlich heikel angesehen wird. Nach einer Washingtoner Mitteilung der „Evening Post“ hat Wilson gesagt, die Frage der bewaffneten Handelschiffe beschäftige ihn sehr, es sei aber keine amtliche Mitteilung und keine Nachricht an die Kriegsführung zu erwarten, ehe die Frage praktisch werde, ehe also ein besonderer Fall sich ereigne.

() Berlin, 3. Febr. Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“ meldet, wie dem „B. L.“ aus dem Haag mitgeteilt wird, Staatssekretär Lansing habe zu Journalisten geäußert, er habe nichts mitzuteilen. Roosevelt hat erklärt, Wilson solle, falls Nichtkombattanten umfassen, unmittelbar die deutschen Schiffe in den amerikanischen Häfen beschlagnahmen.

W. B. New York, 1. Febr. (Meuter.) Die Kommission des Kongresses zur Untersuchung der mit Wilsons Note zusammenhängenden Vorkommnisse ist wegen der Lage nach Washington zurückgekehrt.

Die Ausfuhr von New York.

* Berlin, 2. Febr. Die Union-Regierung macht, wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus Amsterdam berichtet, bekannt, daß Schiffe, wie gewöhnlich, aus dem Hafen von New York ausfahren dürfen, daß die Washingtoner Regierung aber keinerlei Verantwortung trage.

Schwerere Bewaffnung der Handelschiffe?

W. B. New York, 29. Jan. (Funkpruch vom dem Vertreter des B. L. B.) „Evening Sun“ meldet aus Washington: Aus den Kreisen des Staatsdepartements verlautet, daß die amerikanische Regierung in Betracht ziehe, ob es nicht ratsam sei, neue Bestimmungen, betreffend die bewaffneten Handelschiffe, herauszugeben. Nach Bemerkungen, die in den genannten Kreisen getan wurden, wird sich die Regierung wahrscheinlich auf den Standpunkt stellen, daß die Handelschiffe

Segen der Scholle.

Roman von Hans A. Osman.

(Nachdruck verboten.)

„Scheint doch was los zu haben“, murmelte anerkennend der Mann mit der roten Mütze, der dem Gefährt mit den Augen gefolgt war, bis es im Walde verschwand. „Wenn der vom Wirtshaus soviel versteht, wie von Pferden, dann kann Buchenhagen nochmal das beste Gut in der ganzen Gegend werden.“

Und Achim sollte die gute Meinung nicht enttäuschen. Es dauerte gar nicht lange, da konstatierten die Buchenhagener Leute, wenn sie abends mal bei Wadde Thom's auf ein Glas Mütower und einen Schluck vorbrachten, daß der Herr Oberleutnant man ein bannig fixen Kerl sei. Weiß Inspektor Wrad noch immer mit dem verächtlichen Fuße liegen mußte, war doch mächtig viel zu tun, aber der Oberleutnant ließ es sich nicht verdrießen. Frühmorgens stand er auf dem Futterboden und sog den Knechten selbst das Krautfutter zu, und den Tag über ging er kaum einmal vom Dreckschiff weg, bis er abends nach Feierabend mit dem rassenden Schlüsselbunde über den weitläufigen Hof ging, um die Scheunen zuzuschließen.

Manche von den Leuten meinten ja, es hätte sich nicht für einen Rittergutsbesitzer, Arbeiten zu verrichten, die eigentlich der Reuteboog tun müßte, und in Nuamelschagen, im „Goldenen Reben“, wo die Herren vom Lande manchmal zusammenkamen, schüttelte man auch die Köpfe und meinte, neue Wesen kehren gut, und kein Eifer würde wohl bald in einem milderen Feuer brennen, aber Achim ließ sich das nicht anfechten.

Es war ihm, als müßte er jetzt alles nachholen, was er früher an Buchenhagen veräumt hatte. Seine freie Zeit benutzte er dazu, sich theoretisch weiterzubilden, und Inspektor Wrad konnte gar nicht schnell genug auf die vielen Fragen Rede und Antwort stehen, die sein Brotherr über die Wirtschaft an ihn richtete.

Der Inspektor und seine Mutter, die ihm die Wirtschaft

führte, waren in den ersten Wochen die einzigen beiden gebildeten Menschen, mit denen Achim zusammenkam. Der Einfachheit halber hatte er sich bei ihnen in Pension gegeben und hatte in dem weiten Buchenhagener Herrenhause nur zwei Zimmer bezogen. In all den anderen Räumen standen die schönen, alten Möbel noch immer unter den Kattunüberzügen, die über sie gezogen worden waren, als Achims Mutter ihrer Wittwenschaft überdrüssig dem Baron Wadde die Hand zum zweiten Ehebunde gereicht hatte.

Kurz vor Weihnachten, Achim war nun schon über einen Monat in Buchenhagen, war endlich der Inspektor wieder so weit, daß er Dienst tun konnte.

„Sie werden auch froh sein, Herr Oberleutnant, daß Sie nun endlich die Waderei los sind“, sagte Wrad, als sie abends um den runden Esstisch der Inspektorenwohnung saßen. „Es ist eine Schmach und eine Schande, daß ich gerade in dem Moment, mir gedacht haben!“

„Im Gegenteil, mein lieber Wrad, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihr verächtliches Bein. Auf diese Weise bin ich gleich ordentlich hineingekommen, und ich habe gemerkt, daß ich da in Sandfelle doch eine ganze Masse aufgeschwemmt habe. Es war doch 'ne großartige Wirtschaft da. Wenn man bedenkt —“ Achim brach plötzlich ab und starrte gedankenverloren auf seinen Zeller. Zimmer und immer wieder stieg Wadde's Bild vor ihm auf. Er hatte verachtet, sich hier in der Arbeit zu betäuben. Seine freie Minute hatte er sich gegönnt, denn früh bis spät hatte er seinem Körper die größten Anstrengungen zugemutet, damit er nachts einen festen, traumlosen Schlaf fände, aber wenn er am Abend todmüde sein Lager aufsuchte, dann floß ihm der Schlaf und seine Gedanken suchten das Mädchen, das jetzt vielleicht irgendwo in bitterer Armut baute.

Mühselos stand er dann auf und durchwanderte, ein Bündel in der Hand, die weiten, stillen Räume des alten Herrenhauses. Die flackernden Schatten fielen auf die steifen Hebermeiermöbel, die überall herumstanden, sie krochen über die nachgedunkelten Wände an den Wänden, aus denen die alten Herren von Karst mit großen, ernsten Augen auf den einkamen Nachwandler niedersahen.

Wenn einer oder der andere von den Leuten das Licht an der langen Fensterfront entlang huschen sah, dann schüttelte er bedenklich den Kopf und erzählte am nächsten Morgen: „Gut nacht heit he all' wedder wökt!“ Und dann steckten die Inspektoren die Köpfe zusammen und berieten darüber, was dem Herrn wohl fehlen mochte. Er war doch sonst so ein umgänglicher Herr, der für jeden ein freundliches Wort hatte und auch mal einem Scherz nicht abhold war, aber dieses Nachts herumlaufen, das war doch man 'ne ganz komische Geschichte.

Und allmählich wurde es im Kreise bekannt, daß Achim Karst etwas verrückt sei. Man hatte es ihm schon stark veroral, daß er sich noch nirgends hatte sehen lassen, aber jetzt gingen die abenteuerlichsten Gerüchte über ihn um.

Aber Achim hörte nichts von alledem. Er hatte sich förmlich in die Einsamkeit vergraben. Buchenhagen lag in tiefem Schneeringsum war alles weiß und still, nur selten klingelt einmal ein herrschaftlicher Schlitten, der zu einem der Nachbargüter gehörte, durchs Dorf, und dann stiegen sich die Inspektoren an, wieder auf das Gutshaus und sprachen über den verrückten Karst, der wieder einmal das Schwidwort über den alten Besitzwestern wahr machte.

Endlich wurde es dem Inspektor Wrad zu dumm. Er hatte seinen Brotherrn aufrichtig schämen gelernt, denn er war der Ansicht, daß ihm in seiner Praxis noch kein junger Landwirt über den Weg gelaufen war, der einen derartigen Eifer und solches Verständnis für den Beruf gezeigt hatte.

Als Achim einmal abends nach den obligaten Pflanzkartoffeln und Speck nach dem Herrenhause hinübergewandert war, schlug Wrad auf den Tisch und knurrte:

„So geht das nicht weiter. In Wöhov haben sie mich heut am Stammtische ganz offen gefragt, wie ich mit dem „verrückten Karst“ auskäme. Wenns man noch viele von der Sorte hier aße, das wäre recht gut. Aber 's is ja wahr, 'n bisschen sonderbar ist es, daß er bloß so mit Dir und mir zusammenlebt, schließlich wird er noch ganz und gar einfelebrisch, da muß doch irgendwas dahinter stehen!“

(Fortsetzung folgt.)

Englands und der anderen Kriegführenden das Recht haben, eine schwerere Bewaffnung zu tragen, als bisher, und Geschütze sowohl am Bug, als am Heck aufzustellen, ohne dadurch das Recht auf die gewöhnlichen Handelschiffen in amerikanischen Häfen gewährten Vergünstigungen zu verlieren. Man hat in Verbindung hiermit angenommen, man werde sich auf Ransings Denkschrift vom 25. März 1916 beziehen, die in allgemeinen Zügen die Haltung Amerikas bezüglich der bewaffneten Handelschiffe darlegt.

Die englische Bekanntmachung, die gewisse Teile der Nordsee als gefährliches Gebiet erklärt, wurde durch das Staatsdepartement ohne Bemerkungen veröffentlicht und bewirkt bisher in der amerikanischen Presse keine Unruhe.

„Newport World“ zieht unter der Überschrift „Die Freiheit der Meere mit Minen belegt“ die Bekanntmachung ins Räderwerk. Bezugnehmend auf eine Aeußerung des englischen Generalanwalts Smith, der Wilson wegen seines Eintretens für die Freiheit der Meere heftig tadelt und darauf hinweist, daß England gewillt ist, die zarteste Nüchternheit auf die Rechte und selbst auf die Bequemlichkeit der Neutralen zu nehmen, sagt das Blatt: Wie zart erscheint doch diese Nüchternheit. Was die gemeldete Veränderung in der Bewaffnung der Schiffe anbelangt, so wurde darauf hingewiesen, daß bestimmte Anfragen hierüber bald nach London gerichtet werden. Diese Anfrage wird auch mit Glaubwürdigkeit die Nachricht bestätigen, daß die Route der englischen Handelschiffe, die zwischen den Vereinigten Staaten und England verkehren, so verändert werde, daß sie die Bewaffnung in Halifax verstärken könnten.

Die verantwortlichen Stellen des Staatsdepartements meinen, daß angesichts des Umstandes, daß deutsche Unterseeboote jetzt ebenso Geschütze wie Torpedos zum Angriff auf Handelschiffe verwendeten, es fraglich sei, ob die englische Regierung nicht vollkommen im Rechte sei.

Amerikas Entscheidung bereits gefallen?

() Köln, 2. Febr. Die „Köln. Volksztg.“ meldet von der Westküste: Der Korrespondent der „Associated Press“ in Washington meldet: Nach einer einständigen Konferenz zwischen dem Präsidenten Wilson und Lansing wurde bekannt, daß bereits Maßnahmen in Bezug auf den U-Bootskrieg getroffen worden sind. Ueber die Art der Schritte ist noch nichts mitgeteilt worden.

Ein allgemeines holländisches Ausfuhrverbot?

* Rotterdam, 2. Febr. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Es verlautet, daß heute für die Ausfuhr von Margarine aus Holland keine Erlaubnis mehr erteilt wurde. Es ist mit einem baldigen allgemeinen Ausfuhrverbot für Nahrungsmittel zu rechnen.

Amsterdam, 3. Febr. Die Direktion der Dampfschiffahrtsgesellschaft Nederland teilt mit, daß die Schiffe der Gesellschaft, die sich in Italien und Amerika befinden und nach Holland bestimmt sind, vorläufig nicht ausfahren werden. Auch die Fahrten von Holland sind ganz eingestellt. Ueber die Schiffe, die unterwegs sind, wird mit dem Minister des Krieges verhandelt.

Aus dem Haag telegraphiert das Korrespondenzbüro, daß der Marinestab vorgestern Abend an alle Häfen telegraphierte oder telephonierte, daß das Verbot der Ausfuhr von Schiffen vorläufig noch in Kraft bleiben, daß aber die niederländischen Schiffe, die auf eigenes Risiko abreisen wollen, darum beim Marinestab nachsuchen können, und daß der Marinestab diese Gesuche dem Kriegsminister vorlegen werde und nach dessen Entscheidung die nötigen Befehle gebe.

Amsterdam, 3. Febr. Der Dampfer „Nieuwe Amsterdam“ der Holland-Amerikalinie, der vorgestern von hier nach Newport abgefahren ist, ist heute zurückgekehrt. Die beiden Schlepper „Blaar-See“ und „Witte-See“, die den Dampfer „Nieuwe Amsterdam“ aus England abholen sollten, sind nicht abgegangen.

Amsterdam, 3. Febr. Den Fischerfahrzeuge wurde wieder gestattet, auszufahren, aber nicht weiter als bis zur Leuchtturmbank und innerhalb einer Zone von 20 Meilen von der Küste.

Einstellung des dänischen Schiffsverkehrs.

Kopenhagen, 1. Febr. Die im Laufe des Tages von Vertretern der verschiedenen Handels- und Schifferkreise abgehaltenen Beratungen anlässlich der letzten deutschen Note hatten zur Folge, daß die gesamte Ausfuhr der Lebensmittel nach England, sowie aller Schiffsverkehr nach England und Frankreich vorläufig eingestellt wurde. Ueberall ist die Ansicht vorherrschend, man müsse wegen der neuen Lage eine abwartende Haltung einnehmen. — Der dänisch-amerikanische Dampfer „Hellig Klav“, der heute von Newport nach Kopenhagen abgehen sollte, erhielt dringlichen Befehl, die Abreise bis auf weiteres zu verschieben. — Die dänische Kriegsversicherung lehnte bis auf weiteres alle neuen Versicherungsabschlüsse ab. Gleichzeitig wurden die Needer aufgefordert, ihre unterwegs befindlichen Schiffe zurückzurufen, falls Gefahr besteht, daß sie bis zum 5. Februar in die Gefahrlinie gelangen.

Die Haltung Schwedens.

Stockholm, 3. Febr. Einige Organe der Linken äußerten sich gestern sehr entrüstet über den deutschen U-Bootskrieg. — So erklärte „Stockholms Tidningen“, es sei verworren, was seit Jahrhunderten in Bezug auf die Beobachtung gewisser Nüchternheit auf das Völkerrecht und die Menschlichkeit auch während des Krieges angestrebt worden sei. Das Blatt spricht von einem notwendigen Protest, und fordert die schwedische Regierung auf, mit Norwegen und Dänemark gemeinsam zu beraten. — In ähnlicher Richtung bewegen sich Brantings Wünsche im „Sozialdemokraten“.

Italienische Schmähungen.

Berlin, 2. Febr. Die italienische Presse wendet sich natürlich in höchster Wut gegen den uneingeschränkten U-Bootskrieg. Der „Corriere della Sera“ überschlägt einer Meldung des „Berliner Tageblatts“, aus Lugano zufolge, die Reichsregierung und Deutschland mit leidenschaftlichen Schmähungen. Die von Deutschland erträumte Freiheit der Meere befände darin, England zu einer unbedeutenden Insel ohne Kolonien herabzudrücken, und damit die Welt Deutschland dienstbar zu machen. Belgien solle zu einer Art von Böhmen und Serbien werden, um später das Los dieser Provinzen zu teilen. „Popolo d'Italia“ erklärt, der verheerende U-Bootskrieg könne die Entente nicht bestimmen, einen deutschen Frieden anzunehmen, im Gegenteil sehe die Entente dem Siege mit noch weit größerem Vertrauen entgegen.

Eine Erklärung des französischen Marineministers.

Berlin, 2. Febr. In der gestrigen Sitzung des Senats beantwortete einer Genfer Meldung des „R. A.“ zufolge, Senator Desjournelles in einer Intervention an den Marineminister Doucas schweizerische Maßnahmen zur Bewaff-

nung der Handelsflotte. Der Marineminister antwortete, die deutsche Blockade-Ankündigung treffe Frankreich und seine Verbündeten in mitten von Vorbereitungen, von denen nur streng vertraulich gesprochen werden könnte. Während der letzten elf Monate hätten die Verläufe der französischen Handelstonnage 273 000 Tonnen betragen; sie seien zwar bedeutend, aber die Regierung sei überzeugt, die französische Bevölkerung werde einem zum äußersten entschlossenen Gegner beweisen, daß französischer Übermut und französisches Entschlossenwerden niemals erlahmen.

() Berlin, 3. Febr. Aus der Rede des französischen Senators Desjournelles heben verschiedene Morgenblätter hervor, daß Frankreich seit Anfang des Krieges die Zahl seiner U-Boote vermehrt habe, während die Deutschen und die Oesterreicher die vorhandenen U-Boote um ein vielfaches vermehrt hätten.

Die Haltung Spaniens.

Köln, 2. Febr. Die Aufnahme der deutschen Note in Madrid stellt die Spanisch-Agentur folgendermaßen dar: Die Minister des Innern, des Krieges, des Meeres und der Marine arbeiten die ganze Nacht, um die Folgen der deutschen Note zu prüfen. Der Minister des Meeres sollte um Mitternacht eine Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter über diesen Gegenstand. Man berichtet, daß die Regierung das Parlament unverzüglich schließen werde, um gefährliche Erörterungen zu vermeiden. Die Zeitungen betonen einmütig die Lage als für Spanien äußerst schwierig, da Ein- und Ausfuhr künftig aufgehoben würden. Selbst die deutschfreundlichen Blätter geben dieser Verengung Ausdruck und verlangen, daß die öffentliche Meinung sich bedingungslos der Regierung anschließe. — Der letzte Satz verrät deutlich den französischen Hintergrund. Die Schließung der am 29. Januar erst wieder eröffneten Cortes kommt dem Ministerium Romanones sehr gelegen. Es vermeidet damit die gefährdete Aussprache über die unneutrale Begünstigung der Handelsmächte, die ungleiche Behandlung der Kriegsführung in der Frage der Frachtschiffe, die Förderung des Donnanhandels durch die Regierung, die Unterdrückung deutscher Mittelungen usw. Alle diese Punkte haben die von Romanones in ihren Blättern verfolgten Führer der Opposition in den Cortes zur Sprache bringen wollen.

Die Schweiz.

Berlin, 3. Febr. Wie die „Börs. Stg.“ zu berichten weiß, werde die deutsche Mahnahme zur See in der Schweiz mit Ruhe aufgenommen. Man gebe sich der Zuversicht hin, daß die deutsche Regierung alles tun werde, um die Lage der Schweiz zu erleichtern. In dem überwiegenden Teil der Nachrichten aus Amerika kommen vorwiegend die Wünsche der Entente zum Ausdruck.

Norwegens Einleiten in der U-Bootsfrage.

Berlin, 2. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Durch Verordnung vom 13. Oktober 1916 unterwarf die norwegische Regierung die Unterseeboote im Verhältnis zu anderen Schiffen einer weit aus schärferen Behandlung in den norwegischen Küstengewässern. Der Krieg-Unterseeboot war der Aufenthalt in solchen Gewässern überhaupt unterlag mit der einzigen Ausnahme, daß es sich um Rettung von Menschenleben handelte. Die Handels-Unterseeboote durften nur aufgetaucht mit gehobener Nationalflagge fahren. Durch diese Verordnung machte sich Norwegen als einzige unter allen neutralen Mächten die Auffassung über die Unterseeboote zu eigen, die England durch die Zirkularnote vom 27. August allen Neutralen aufzubringen versuchte. Demgegenüber vertrat die deutsche Regierung den Standpunkt, daß ein Krieg-Unterseeboot in neutralen Gewässern wie jedes andere Kriegsschiff zu behandeln ist. Sie erhob daher bei Norwegen Einspruch gegen die Verordnung. Die Streitfrage erzeugte eine bedauerliche Spannung zwischen den sonst durch freundschaftliche Beziehungen verbundenen beiden Mächten. Norwegischerseits wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Verordnung vom 13. Oktober den gleichen Inhalt habe wie die schwedischen Verordnungen über die Unterseeboote vom 29. November 1914 und 19. Juli 1916 und daß die norwegische Verordnung nicht auf englischen Druck, sondern auf den Aufruf der norwegischen Unterseeboote im Nordischen Eismeer zurückzuführen sei. Beide Behauptungen konnten Deutschland nicht befriedigen. Denn die schwedische Verordnung, die durch Uebergriffe englischer und russischer Landboote in den schwedischen Gewässern veranlaßt wurde, ging viel weniger weit als die norwegische, indem sie den Zutritt von Unterseebooten in schwedische Gewässer bei Genossenschafts-Unterseebooten überhaupt keinen Sondervorschriften unterwarf. Auf der anderen Seite gab der deutsche Aufruf im Weißen Meer, der außerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer gegen Bannworenkrisse jeder Flagge nach den Regeln der Londoner Deklaration geführt wurde, Norwegen keinen Rechtsgrund zu der Verordnung, die sich offenbar gegen Deutschland richtete und daher den Charakter wahrer Neutralität vermissen ließ.

Kunmehr entschloß sich die norwegische Regierung, sich in der Behandlung der Unterseeboote völlig auf den schwedischen Standpunkt zu stellen. Sie erließ eine neue Verordnung. (Der Wortlaut ist bereits am 31. Januar veröffentlicht worden. D. Schrift.) Hiermit verlor die norwegische Unterseeboot-Verordnung den gegen Deutschland gerichteten Charakter, und wenn auch der deutsche Standpunkt von der norwegischen Regierung ebensolange wie von der schwedischen voll anerkannt wurde, so läßt sich doch die neue Verordnung ebenso wie die schwedische mit den erheblichen Neutralitätsinteressen der beiden so nahe am Seerückzug gelegenen Staaten erklären. Die deutsche Regierung beschränkte sich daher, der norwegischen Regierung wie der schwedischen gegenüber darauf, ihre grundsätzliche Auffassung durch eine Rechtsverwahrung aufrecht zu erhalten, ohne dieser praktische Folge zu geben. Damit dürfte der Zwischenfall in einer für beide Teile annehmbaren Form erledigt sein. Es ist zu hoffen, daß der fürchtbare Kampf, der die Beziehungen zwischen den Kriegführenden und Neutralen auf so manche harte Probe stellt, zwischen Deutschland und Norwegen keinen neuen Streitstoff schafft, der nicht im Geiste gegenseitigen Verständnisses und Entgegenkommens ausgeglichen würde.

Der englische Flaggenmißbrauch.

London, 3. Febr. Die Admiralität macht folgende Mitteilung: In dem heute verbreiteten deutschen drablonen Bericht, wird von neuem und mit großer Einzelheit behauptet, es sei ein Bruch der britischen Regierung, die Unverletzbarkeit der bisher Hospitaltschiffe zugestanden wurde, zu mißbrauchen und diese Schiffe für die Beförderung von Truppen und Ausrüstung zu verwenden. Der Bericht enthält eine besondere Bezugnahme auf das Hospitaltschiff „Britannic“, von dem gesagt wird, es habe 2500 britische Soldaten befördert, die nicht inmalde gewesen seien. Als Beweis wird die bekannte Aufnahme des österreichischen Sängers Albert Weikmann angeführt, der bei Ausbruch des Krieges in Malta interniert wurde, und im November 1914 am Bord des Hospitaltschiffes

„Britannic“ nach England zurückkehrte. Die ganze Meldung ist ein Gemisch von Falschheit, und die einzig wahre Stelle, in der Meldung zugeschriebenen Erklärung ist die Tatsache, daß er auf der „Britannic“ nach Hause gebracht wurde, da er zurzeit inhaft war und aus diesem Grunde in seine Heimat entlassen wurde. Wie zu erwarten ist, sind gegenwärtig die Meldungen der deutschen Presse voll von falschen Mitteilungen dieser Art, um einen Vorwand für die neueste, von Deutschland angegebene Methode der Kriegsführung zu schaffen. Es kann nicht entschieden gesagt werden, daß bei keiner Gelegenheit seit Kriegsbeginn ein Bord englischer Hospitaltschiffe andere Personen als Invalide und Lazarettmannschaften eingeschifft worden sind.

(Munitionstransporte werden also nicht geleistet. Daß England wegen der Truppentransporte nach dem Grundgesetz handeln würde, ist falsch, wie vorausgesehen.)

Admiral Scheer zur neuen Lage.

Berlin, 1. Febr. Der Befehlshaber unserer Hochseeflotte, Admiral Scheer der Sieger in der Schlacht am Skagerrak, hat dem „Berliner Lokalanzeiger“ zur neuen Lage im Seekrieg folgende Sätze übermittelt: „Mein Spruch lautet: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser! Wer mag es noch, daran zu zweifeln? Mag der britische Seelöwe auch noch so sehr die Böhne fletschen, wir müssen und wollen ihm schonungslos zusehen, bis seine Bahn auf dem Meere erschlickt.“

Baden und der Südwestdeutsche Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar.

Eine kritische Betrachtung von Emil Pfeiff-Karlruhe.

Neben dem Großschiffahrtsweg auf dem Neckar gemäß dem „Reichswasserstraßengesetz“ vom 24. Dezember 1911 bezweckt der Südwestdeutsche Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar hauptsächlich in erster Linie die Weiterführung dieses Schiffahrtsweges bis zur Donau, in Wirklichkeit aber wohl vor allem die Fortsetzung der Neckaranalisation von Heilbronn bis Eßlingen.

Welch' großer Wert gerade auf dieses Unternehmen gelegt wird, ergibt sich schon daraus, daß vor kurzem der Vorsitzende des Verbandes Württembergischer Industrieller, Herr Dr. Boich-Stuttgart, als Beitrag zu den staatlichen Bauten der Kanalstrecke Heilbronn-Eßlingen 13 Millionen Mark gekannt hat, allerdings unter Bedingungen, die nach dem heutigen Stand der Dinge als wenig wahrscheinlich erscheinen lassen, daß das Stiftungskapital einmal dem bezielten Zweck zugeführt werden kann.

Vom badischen Standpunkt aus ist zu bemerken, daß die Kanalisation des Neckars bis Eßlingen auf die badische Verkehrsverhältnisse natürlich noch nachteiliger wirken würde als diejenige, die nur bis Heilbronn reicht, besonders da in dem neuen Gebiet der Hauptsitz der württembergischen Industrie liegt, die Massengüter braucht und erzeugt. Da der Einfluß Badens auf den Ausbau der ganz auf württembergischen Gebiet gelegenen Neckarstrecke Heilbronn-Eßlingen nur geringfügig sein dürfte, ergibt sich für sie meines Erachtens die Notwendigkeit, schon bei der Kompensationsforderung für die Mitwirkung bei einer Finanzierung der Kanalstrecke Heilbronn-Eßlingen die Folgen einer Fortsetzung dieses Kanals bis Eßlingen mit zu berücksichtigen, auch wenn dieses Projekt noch keine greifbare Gestalt angenommen hat.

In einer noch weiteren Ferne als die Fortsetzung der Neckaranalisation von Heilbronn bis Eßlingen liegt das Projekt einer Verbindung des Neckars mit der Donau. Hier hat das Neckar-Donau-Kanal-Komitee auf Grund eines allgemeinen amtlichen Gutachtens aus dem Jahre 1908 schon Pläne und Berechnungen veröffentlicht, welche die Bauwürdigkeit dieser Verbindung rechtfertigen sollen, doch sind diese Entwürfe nicht ohne begründete Einwände geblieben, so daß die ganze Frage vorerst noch mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand behandelt wird. Wenn man bedenkt, daß schon die Finanzierung der Neckaranalisation, deren Kosten 1910 auf 33,7 Millionen Mark veranschlagt wurden, auf kaum zu überwindende Schwierigkeiten stößt, dann kennt man auch schon das Schicksal des Neckar-Donau-Kanals, der ebenfalls ganz auf württembergischen Gebiet liegt, und für den die Baukosten 1908 bei der damaligen Marktlage auf 112 Millionen geschätzt worden sind.

Verkehrswirtschaftlich würde ein technisch gelungener Neckar-Donau-Kanal zweifellos einen Teil des Durchgangsverkehrs, dessen Umschlag Württemberg mit den Neckaranalationsprojekten in sein Land hineinverlegen möchte, wieder außer Landes geführt, so daß wahrscheinlich von Württemberg aus gegen den Neckar-Donau-Kanal dann einmal erheblichere Bedenken als aus dem ferner liegenden Baden geltend gemacht werden, wenn es sich um eine ernsthafte Verfolgung des Planes handelt.

Nebenbei sei betont, daß man einen Rhein-Donau-Kanal auch für wünschenswert, sogar für notwendig halten, aber den Weg über Mannheim, Heilbronn, Eßlingen, Sonthausen für unzuverlässig erachten kann. Wenn schon ein derartiger Kanal hauptsächlich aus strategischen Gründen gebaut werden soll, dann wird es sich meines Erachtens empfehlen, den Rhein mindestens bis nach Karlsruhe zu bündeln und von da über Pfalzheim den Anschluß an den Neckaranal zu suchen.

VII.

Die Herstellung eines Großschiffahrtsweges auf der Donau bis Ulm und dessen Weiterführung von Ulm über den Bodensee zum Rhein hat der südwestdeutsche Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar weiterhin unter den Plänen aufgeführt, die er in erster Linie verfolgt.

Mit diesem Programm greift der südwestdeutsche Kanalverein in das Arbeitsgebiet des bayerischen Kanalvereins, sowie der von dem bayerischen Landtagsabgeordneten Geld herausgegebenen Zeitschrift „Die freie Donau“ hinein, und zwar nicht in unterwürdigem, sondern abweisendem Sinne, denn Bayern erstreckt einen Großschiffahrtsweg Rhein-Donau, während der südwestdeutsche Kanalverein Rhein-Donau auf sein Banner geschrieben hat, und Bayern hat, wenn die letzten Nachrichten über die Donaufrage richtig sind, bereits gestiftet. Die Reichsregierung soll hieran schon die Zusage gegeben haben, sich an den Kosten des Ausbaues der Rhein-Donau-Verbindung, sowie des Donnaues in Bayern zu beteiligen. Doch sie nun auch noch für eine Schiffahrtstrecke durch Württemberg etwas übrig hat, ist kaum anzunehmen.

Vom Standpunkt der badischen und ich glaube auch von dem der württembergischen Volkswirtschaft ist das Interesse an der Herstellung eines Großschiffahrtsweges auf der Donau größer, als dasjenige an einem Rhein-Donau-Kanal, denn zwischen den zwei leistungsfähigen Schiffahrtstrassen, dem Rhein und der Donau, kann mit Hilfe der badischen und württembergischen Staatsbahnen sehr wohl ein Umschlagverkehr ausgebildet werden, der für Baden und Württemberg nicht nur staats-, sondern auch volkswirtschaftlich nichtig wäre. Anläufe zu einem solchen Verkehr sind in den Tarifen für den südwestdeutschen Donau-Umschlagverkehr über Regensburg, Donaualände transit, Regendorf, Donaualände transit und Pfalzheim Donaualände transit schon vorhanden. Aus diesen Tarifen bringt sich nachstehend, zugleich um gegenseitigen Behauptungen

...zutreten, die Entfernungen mit den badischen Rheinhafen...

Table with 4 columns: Name, Regensburg, Deggendorf, Passau. Rows include Mannheim, Rheinau, Karlsruhe Hafen, Stehl.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß Karlsruhe...

Nach dem Worte 'Der Rhein bringt, wird jedem etwas...

Aus dem Großherzogtum

Amthliche Nachrichten.

Das Großh. Finanzministerium hat den Forstamtmann...

Mannheim, 1. Febr. Mit Rücksicht auf den augenblicklich...

Mannheim, 2. Febr. Beim Kanalisieren im hiesigen Haupt...

Überbach, 2. Febr. Als Nachfeier zu Kaisers Geburtstag...

Der Reichsverband der Reichsvereine der Jugendwehr...

Forstheim bei Ettlingen, 3. Febr. Der große 300 Morgen...

Karlsruhe, 3. Febr. Der Landesverband Bad. Gewerbe- und...

Baden-Baden, 2. Febr. Wie heute bekannt wurde, hat Herr...

Baden-Baden, 2. Febr. Unter Anwesenheit einer zahlreichen...

...de, in welcher er das Schaffen und Wirken des Verstorbenen...

Aus der Residenz

Karlsruhe, 3. Februar 1917.

Aus dem Vortage. Der Großherzog hörte gestern...

Bachverein. Unerwartet rief Herr Geheimher Ober...

Zur Konfirmation 1917 hat der evangel. Oberkirchenrat...

Na. Doppelversorgung mit Lebensmitteln. Bedauerlicher...

Na. Die neuen Lebensmittelpreise weisen dadurch eine...

Erneuete Zunahme der Räfte. Die Vermutung, daß der...

Erstrotten. In der Nacht zum 2. I. M. wurde der 64...

Ein Zimmerbrand entstand am 1. I. M. in einem Büro...

Der schweizerische Gesandtenwechsel in Berlin.

Die polnischen Juden im polnischen Heer.

Der englische Landhunger.

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Der englische Landhunger (cont.)

Die neuen französischen Musterungen.

Die rumänischen Flüchtlinge.

Berjenkte Schiffe.

Revolution in Costa Rica.

Kleine Mitteilungen.

Theaterbrand.

Die Räfte.

Explosion in einer französischen Pulverfabrik.

Verunglücktes Schiff.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Weinpreise.

Gerichtsverhandlungen.

Aus den Standsbüchern der Stadt Karlsruhe.

Chausseebote.

Todesfälle.

Bachverein E. V.

Tieferschüttler teilt der Bachverein seinen...

Herrn Geh. Oberfinanzrats Sahm

mit. In großer Dankbarkeit und Trauer gedenkt...

Karlsruhe, den 2. Februar 1917. Der Vorstand des Bachvereins.

